



NEWSLETTER IV/2013

NORD|SÜD *news*



Foto: © International Labour Organization/pool photo LLC

Lernen und Spaß statt Schufferei: ILO-Aktion „Rote Karte gegen Kinderarbeit“

168 Millionen gute Gründe, Kinderarbeit zu beseitigen

Damit Kinder weltweit zur Schule gehen können, statt mit oft lebensgefährlichen Jobs Geld zu verdienen, braucht es mehr und bessere Arbeit für Erwachsene sowie Sozialsysteme, die Familien absichern. Ganz wichtig sind Aufklärung und politischer Wille.

Mesi sieht man nicht an, dass sie schon dreizehn ist. Das Mädchen, das im zweiten Jahr in der malawischen Hauptstadt Lilongwe zur Schule geht, ist klein für ihr Alter und viel zu ernst. Die Mutter lebt nicht mehr, vor dem Vater ist Mesi mit acht Jahren weggelaufen. Jahrelang hat sie sich auf der Straße durchgeschlagen. Mit Diebstählen, mit Betteln, vor allem aber ist sie mit Männern mitgegangen. Dass Mesi aus diesem Horror herausgekommen ist, verdankt sie dem

Nationalen Aktionsplan, den die malawische Regierung 2009 mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Entwicklungspartnern im Rahmen des Programms der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gegen Kinderarbeit aufgelegt hat. Kontrolleure haben sie bei ihrer Arbeit entdeckt und in ein Zentrum für obdachlose Kinder gebracht.

Rund 5.600 Mädchen und Jungen haben bis heute direkt von diesem Projekt profitiert. Sie gehen nun zur Schule statt zu arbeiten. Wenn sie noch Familien haben, bekommen diese finanzielle Unterstützung und Hilfen zur Weiterbildung, damit sie selbst mehr Geld verdienen können – irgendwann vielleicht genug für alle Familienmitglieder. Alle, die hinter dem Aktionsplan stehen, wollen den Menschen klar machen, dass Kinderarbeit nach den Gesetzen des Landes verboten ist.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Im Fokus: Kinderarbeit

- | Titel: 168 Millionen gute Gründe, Kinderarbeit zu beseitigen S. 1–2
- | Kommentar: Das Kreuz mit den Siegeln S. 2
- | Elfenbeinküste: Die „Kinder-Schokolade“ S. 3
- | Marokko: Die „kleinen Guten“ S. 4
- | Indien: Ohne den Anstoß von außen geht wenig S. 5
- | Mexiko: Junge Schuhputzer ohne Perspektive S. 6

Initiativen und Projekte

- | Kolumbien: „Todesdrohungen sind keine leeren Worte“ S. 7

Notiert

- | Fifa frisst Kreide; Preisverdächtig; 40 Jahre Solifonds; Gewalt gegen Frauen; Film ab für Fairness
Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1

Vor allem wollen sie aber zeigen: Schul- und Ausbildung machen es leichter, eine existenzsichernde Arbeit zu finden. Mittlerweile habe viele Länder solche Pläne gegen Kinderarbeit verabschiedet. Die Zahl der arbeitenden Kinder ist seit dem Jahr 2000 von 246 auf heute 168 Millionen gesunken. Das zeigt der jüngste ILO-Bericht „Marking progress against child labour“. Trotzdem: Das seien immer noch „168 Millionen gute Gründe, Kinderarbeit zu beseitigen“, sagt ILO-Chef Guy Ryder.

85 Millionen Mädchen und Jungen schufteten immer noch unter großen Gefahren: In Steinbrüchen, in der Landwirtschaft, wo die Verletzungsgefahr groß ist. In Fabriken, wo schlechte Beleuchtung und Lüftung Augen und Bronchien und krumme Sitzpositionen die Knochen schädigen. In Haushalten und auf der Straße, wo die Kinder auch sexueller – Willkür ausgesetzt sind. Der Fortschritt ist deshalb zu langsam: „Es ist klar, dass wir das Ziel, die schlimmsten Formen der Kinderarbeit bis 2016 zu eliminieren, mit diesem Tempo nicht erreichen“, schreiben die Autoren des Berichts. Selbst wenn man das Ziel auf 2020 verschiebe, müssten die Anstrengungen verstärkt werden: Aktuell sinkt die Anzahl der Kinder in diesen gefährlichen Jobs um jährlich 6,5 Prozent. Soll sie bis 2020 auf Null gebracht werden, muss sich die Rate fast vervierfachen.

Immerhin liefern die jüngsten Erfolge Erfahrungen, was sinnvoll ist: Es reicht nicht, allein das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Immerhin ist die Kinderarbeit ausgerechnet in den letzten vier Krisenjahren weltweit besonders stark zurückgegangen. Umgekehrt war Kinderarbeit etwa im südostafrikanischen Malawi in den wachstumsstarken Jahren zwischen 2004 und 2009 am meisten ausgeprägt. Bei knapp 14 Millionen Einwohnern insgesamt mussten 1,5 Millionen Minderjährige Geld verdienen, jeder zweite Malawi war arm. Die ILO-Experten halten deshalb andere Faktoren für wichtiger: Aufklärung zum Beispiel über das Verbot von Kinderarbeit und über den Nutzen guter Bildung. Auch die Verbesserung der Schulsysteme gehört dazu. Weiterer Faktor: Die Sozialsysteme müssen so umgebaut werden, dass Familien abgesichert sind und auf den Erwerb der Kinder verzichten können.

Für diesen Umbau reicht es allerdings nicht, dass nur die Staatengemeinschaft ihren politischen Willen erklärt. Regierungen müssen ihre Gesetze ändern. Außer Kuba, Eritrea, Indien, den Marshallinseln, Myanmar, Palau, Somalia und Tuvalu haben alle Staaten auf der Welt die ILO Konvention 182 zu den schlimmsten Formen der Kinderarbeit ratifiziert. Doch es hapert an der Umsetzung, an Kontrollen und Sanktionen.

Beate Willms



Im Fokus: Kinderarbeit – Kommentiert

Das Kreuz mit den Siegeln

Es stimmt und es ist zugleich provokativ: Dass wir in Westeuropa Produkte konsumieren, denen der Makel Kinderarbeit anhaftet, ist Normalität. Oftmals, ohne es zu wissen oder wissen zu wollen, kaufen wir beispielsweise Schokolade, bei der nicht sichergestellt ist, ob sie frei von Kinderarbeit ist. Damit sind wir Täter. Oder zumindest Mittäter.

Das Kind räumt das Zimmer auf, mäht den Rasen, trocknet Geschirr ab – gern gegen geringfügige, aber anerkennende Bezahlung. Was unterscheidet dies von der Arbeit des minderjährigen Hausmädchens bei der wohlhabenden Familie in Marokko oder Mexiko? Wo endet die Normalität, die wir akzeptieren. Wo beginnt die ethische Norm, die im Zweifel ein schlechtes Gewissen erzeugt und durch Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO mittelbar definiert wird? Und ändert sich etwas mit der Zeit?



Foto: © Global2000, flickr/CC BY ND 2.0

Zu den Siegeln, die Kinderarbeit verbieten, gehört Fair Wear

Auf der Dritten Weltkonferenz gegen Kinderarbeit im Oktober in Brasilia stellte ILO-Generalsekretär Guy Ryder fest: „Vor zwanzig Jahren haben viele Länder noch abgestritten, dass sie überhaupt ein Problem mit Kinderarbeit haben. Damals hat man uns gesagt, dass die ILO Konvention 138 zum Mindestalter für arbeitende Kinder nicht ratifizierbar sei. Heute haben 166 Länder sie ratifiziert. Die ILO Konvention 182 zu den schlimmsten Formen von Kinderarbeit haben sogar 177 Länder unterzeichnet.“ Wie kommt es zu derartigen Entwicklungen? Einer von vielen Gründen: Das Thema Kinderarbeit lässt sich vermarkten. Berater von Unternehmen und Regierungen, aber auch viele Firmen selbst haben erkannt, dass Produkte sich besser verkaufen lassen, wenn amtlich besiegelt

wird, dass sie nachhaltig hergestellt sind. Aber ist tatsächlich immer drin, was draufsteht? Können Zertifikate tatsächlich Transparenz erzeugen, Garantien geben? Zweifel bleiben.

Die Internationale Vereinigung der Lebensmittelarbeiter IUL /IUF kritisiert zum Beispiel den Zertifizierer Rainforest Alliance, weil er der Bananenplantage Tres Hermanas sein Label zugestanden hat. Dabei seien dort Arbeitnehmerrechte verletzt, Mindestlöhne verweigert, Überstunden nicht bezahlt und illegale Kündigungen ausgesprochen worden. So diene das Rainforestlabel dem Unternehmen als „Deckmantel“. Und ProGe, die österreichische Schwestergewerkschaft der deutschen NGG, erarbeitet nach einem Streit mit einem deutschen Discounter, der Schokolade für 29 Cent verkaufte, einen Gütesiegel-Check. Die Frage: Kann bei so einem Preis überhaupt der Anspruch erfüllt sein, dass die Schokolade ohne Kinderarbeit produziert wurde?

Sind Siegel also doch nicht mehr als Greenwashing? Noch haben die Kunden jedenfalls keine Garantie, deshalb muss verstärkt an einer aussagekräftigen Zertifizierung gearbeitet werden. Die deutsche Regierung hat ein „Forum Nachhaltiger Kakao“ ins Leben gerufen, dem Industrie und Handel angehören. Auch NGOs und die Gewerkschaften NGG und GEW machen mit. Alle Beteiligten müssen sich an den guten Beispielen orientieren, die es schon gibt. In der globalisierten Welt der Arbeitsbeziehungen gibt es nicht den einen richtigen Weg, aber viele gute Ansätze. Im Gewerkschaftsbereich ist derartiges Engagement möglich. Der alte Spruch gilt: „Global denken, lokal handeln.“

Michael Bergstreser



Der Autor ist Referatsleiter in der Hauptverwaltung der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Kinderarbeit im Bereich Süßwaren.



Bergstreser: „Wo endet die Normalität?“

Foto: © Privat



Die „Kinder-Schokolade“

Sie schufden für Schokoweihnachtsmänner und Osterhasen, obwohl sie diese Süßigkeiten gar nicht kennen. Und die Arbeit auf den Kakao-Plantagen ist nicht nur hart, sondern auch gefährlich. Trotzdem arbeiten dort allein in der Elfenbeinküste mehr als 800.000 Kinder.

Ganz selbstverständlich hantieren die Jungen und Mädchen mit Pflückmessern und scharfen Macheten. Es erfordert Geschick, die großen gelben Kakao-Früchte von den Bäumen zu holen. Schließlich darf das Samenkissen nicht zerstört werden. Sonst wächst dort in der nächsten Saison nichts mehr. Noch gefährlicher ist es, die Früchte, in

2011 stammten nach Zahlen der World Cocoa Foundation 40 Prozent des weltweit produzierten Kakaos von hier.

„Kinderarbeit ist das Symptom für die Armut ihrer Eltern“, sagt Friedel Hütz-Adams, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts Südwind. Fast alle Eltern würden den Nachwuchs lieber zur Schule schicken als ihn auf der Farm schufden zu lassen. Doch nur knapp 60 Prozent der Kinder drücken tatsächlich die Schulbank. Hütz-Adams sieht dafür zwei Gründe: Seit 1990 sinkt der Weltmarktpreis für Kakao immer weiter. Und in der Elfenbeinküste tobte von 2002 bis 2007 ein Bürgerkrieg – ohne funktionierendes Schulsystem. Zu einer erneuten



Foto: © nickyjurd, flickr/CC BY-ND 2.0

Feinarbeit: Die Samenkissen dürfen nicht kaputt gehen

und „unverzügliche Maßnahmen zu ihrer Beseitigung“ gefordert. Viel Beachtung erhielt auch der im März 2011 veröffentlichte Tulane-Report, ein Strategieplan der Tulane University in New Orleans. Ein Team untersuchte die Arbeitsbedingungen der Kinder auf den Plantagen: Sie galten als völlig unzumutbar. Das Team empfahl, endlich ein Zertifizierungssystem für Kakao zu etablieren, das den Kriterien der Konvention 182 genügt. Seitdem hat sich laut Flurina Doppler von der nichtstaatlichen Organisation „Erklärung von Bern“ durchaus etwas getan. So gibt es in den



Foto: © Bill & Melinda Gates Foundation, flickr/CC BY-NC-ND 2.0

Süße Belohnung? Harte Arbeit! Kakaobohntrocknung in Ghana

denen sich die Kakaobohnen verstecken, zu öffnen. Die Kinder müssen die mehr als einen halben Meter langen Macheten präzise ansetzen. Haben sie die schrumpeligen braunen Bohnen vom weißen Fruchtfleisch befreit, heißt es: schleppen. In Körben oder Säcken transportieren sie die oft mehr als 20 Kilogramm schwere Ernte ab. Manchmal gibt es dafür Karren, doch meist müssen sie die Last selbst schultern.

Laut einer Untersuchung der ivoirischen Regierung aus dem Jahr 2009 klagten deshalb knapp 80 Prozent der befragten Kinder über körperliche Beschwerden. Für 94 Prozent war es selbstverständlich, mit scharfen Instrumenten zu arbeiten. Jedes zweite Kind hat sich nach eigenen Angaben innerhalb eines Jahres dabei verletzt. In der Elfenbeinküste ist das Alltag. Meist geschieht es auf den Farmen der Eltern. Denn 90 Prozent der Kakaobohnen werden weltweit in kleinen Betrieben angebaut. Einen besonders hohen Stellenwert haben sie in dem westafrikanischen Land. Im Jahr

Krise kam es nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010. Allerdings gibt es auch immer wieder Fälle von verschleppten Kindern aus den Nachbarländern. Meist sind es Jungen zwischen 13 und 17 Jahren, die aus dem noch ärmeren Burkina Faso stammen. Menschenhändler versprechen ihnen, in der Elfenbeinküste Geld verdienen zu können. Später bekommen sie dann aber so gut wie nichts. Sie leben als Sklaven auf den Plantagen.

Dabei gibt es seit mehr als einem Jahrzehnt Versuche, Kinderarbeit in den Kakaoplantagen abzuschaffen. 2001 sollte mit dem sogenannten Harkin-Engel-Protokoll die Arbeit von Kindern im Kakao-Sektor grundsätzlich verboten werden. Es setzte sich aber nicht durch. Stattdessen entstand eine freiwillige Vereinbarung mit der Schokoladenindustrie. Darin ging es vor allem um die Umsetzung der Konvention 182 der Internationalen Arbeitsorganisation. Demnach sind die schlimmsten Formen von Kinderarbeit verboten

Niederlanden seit drei Jahren ein Abkommen zwischen Regierung, Schokoladenindustrie und Gewerkschaften. Erklärtes Ziel: Bis zum Jahr 2025 soll 100 Prozent des importierten Kakaos nachhaltig produziert sein. Dies soll mit Gütesiegeln wie Fairtrade erreicht werden.

In Deutschland wurde 2012 das „Forum Nachhaltiger Kakao“ ins Leben gerufen. Auf EU-Ebene wird über einen allgemeingültigen Mindeststandard für Kakao diskutiert. Doch bis sich wirklich viel bessert, wird es dauern. „Um den internationalen Standards zu breiterer Durchsetzung zu verhelfen, bräuchte es eine menschenrechtskonforme Handelspolitik“, sagt Doppler, „beispielsweise müsste die Einhaltung dieser Standards in verbindlichen Handelsabkommen mit Sanktionsmechanismen verlangt werden“.

Katrin Gänslar

Die Autorin lebt und arbeitet in Benin und Westafrika.



Die „kleinen Guten“

Um 40 Prozent ist die Zahl der arbeitenden Mädchen weltweit zurückgegangen – und damit viel stärker als bei den Jungs. Das ist ein Erfolg. Aber nicht nur. Denn ausgerechnet die jüngsten Mädchen arbeiten weiter.

In Marokko werden sie die „kleinen Guten“ genannt, die „Petite Bonnes“. Sie sind oft nicht älter als acht oder neun Jahre, wenn sie ihren Dienst in den wohlhabenderen Familien in Casablanca oder Marrakesch antreten. Gut ist in ihrem Leben ab diesem Zeitpunkt aber nichts mehr. „Ich habe ein Mädchen namens Latifa kennengelernt, das sich mit zwölf Jahren um vier Kinder und den gesamten Haushalt kümmern musste“, sagt Jo Becker, Kinderarbeitsbeauftragte bei Human Rights Watch (HRW). Von ihren Arbeitgebern wurde Latifa geschlagen und beschimpft. „Aber das schlimmste für sie war, dass sie nur zweimal am Tag essen durfte: morgens um sechs Uhr vor der Arbeit und nachts.“ Wenn die Familie aß, saß Latifa hungernd daneben.

20 ehemalige Hausmädchen hat Becker im vergangenen Jahr interviewt. Zwanzigmal hat sie ähnliche Geschichten gehört. Durchschnittlich 45 Euro verdienen sie im Monat – für bis zu 100 Stunden Arbeit in der Woche. Das Geld sehen sie persönlich nie. Es wird über Mittelsmänner zu ihren Eltern geschickt – dieselben Männer, die den Kindern ein gutes Zuhause versprochen haben. In vielerlei Hinsicht ist Marokko ein Spiegelbild für die Lage der arbeitenden Mädchen weltweit. Das Königreich hat viel für die Schwächsten der Gesellschaft getan: Die Zahl der Kinderarbeiter ist in den letzten 14 Jahren um knapp 80 Prozent



Foto: © Magharebia, flickr/CC BY-NC 2.0

Seltener Moment zum Ausruhen

auf noch 123.000 gefallen, schreibt HRW. Das Land hat ein Mindestarbeitsalter von 15 Jahren gesetzlich festgelegt und Kinderschutzseinheiten gegründet. Mit Erfolg: Der Anteil der Kinder, die die Grundschule beenden, ist auf 85 Prozent gestiegen. Nur die Petite Bonnes bekommen davon nichts ab.



Die Kleinen sind für die noch Kleineren verantwortlich

Das ist woanders ähnlich: Die Zahl der Mädchen in Kinderarbeit ist weltweit seit 2000 um 40 Prozent zurückgegangen, schreibt die Internationale Arbeitsorganisation ILO in ihrem aktuellen Bericht. Das ist ein ungeheurer Erfolg. 68 Millionen Mädchen sind noch von Kinderarbeit betroffen – gegenüber 100 Millionen Jungen. Auch bei ihnen ist die Zahl geschrumpft, aber nur um 25 Prozent. Die Gründe für den schnelleren Rückgang bei den Mädchen liegen vor allem in der Ausrichtung der Programme. „Viele Organisation haben sich auf die Verletzlichsten konzentriert, also auf Mädchen und kleine Kinder“, sagt Yacouba Diallo, Statistiker des Internationalen Programms für die Eliminierung von Kinderarbeit (IPEC) der ILO. Der Schlüssel sei die Verbesserung der Bildungschancen für Mädchen. „Es gibt noch immer viele Länder, in denen Jungen in der Bildung der Vorzug gegeben wird“, sagt Diallo.

Der genaue Blick in die Statistiken zeigt jedoch, dass der stärkere Rückgang bei Mädchen nicht zwangsläufig eine positive Entwicklung ist. Bis zum Alter von elf Jahren nämlich machen Mädchen und Jungen jeweils die Hälfte der Kinderarbeiter aus. Erst ab zwölf Jahren tut sich der Gender Gap auf: Plötzlich stellen die Jungen 52, die Mädchen

nur noch 48 Prozent. In der Altersgruppe der 15- bis 18-Jährigen wächst der Vorsprung der Jungen exponentiell: Sie stellen 81 Prozent der Kinderarbeiter. Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass Mädchen in diesem Alter ein besseres Leben haben. „Viele Mädchen verschwinden aus der Statistik, weil sie verheiratet werden“, sagt Diallo.

Der einzige Bereich, in dem Kinder ausgebeutet werden, der in den letzten fünf Jahren gewachsen ist, ist die Hausarbeit. Seit 2008 sind etwa eine Million mehr Kinder in diesem Sektor tätig: 11,5 Millionen insgesamt, davon sind 7,5 Millionen

jünger als elf Jahre – und zwei Drittel Mädchen. Mittlerweile wird mehr als jedes zehnte Mädchen unter den Kinderarbeitern in einem fremden Haushalt ausgebeutet. Nicht mitgerechnet die Mädchen, die in ihrem eigenen Zuhause unter schlimmen bis gefährlichen Verhältnissen arbeiten – denn eine eindeutige Definition und effektive Erfassungsmethode fehlt bisher.

„Hausarbeit spielt eine ökonomische Schlüsselrolle in vielen Ländern“, sagt José Maria Ramirez Machado, IPEC-Programmdirektor. Wo eine Hausangestellte Kinderbetreuung und Hausarbeit übernehme, stehe im besten Fall ein weiteres Familienmitglied dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. „Es gibt ein legitimes Bedürfnis, Jugendliche im Haushalt zu beschäftigen“, sagt Ramirez. Statistische Erfassung, Reglementierung der Arbeitsbedingungen, der Zugang – das alles sei mühsam. „Unser Kampf gegen die Kinderarbeit läuft wie eine Diät: Die ersten Kilos sind schnell runter. Dann wird es mühsam.“

Ann-Kathrin Seidel



Die Journalistin ist viel in den nordafrikanischen und arabischen Ländern unterwegs. Sie lebt in Hannover.



Ohne den Anstoß von außen geht wenig

Initiativen zum Schutz von Kindern gibt es viele in Indien. Trotzdem ist die Zahl der arbeitenden Jungen und Mädchen weiterhin hoch. Ein Grund dafür ist die Zurückhaltung der nationalen Gewerkschaften.

Kinderarbeit gehört in Indien noch immer zum Alltag. Man begegnet ihr vielerorts – in Restaurants und Privathaushalten, in Werkstätten und in der Landwirtschaft. Laut offizieller Statistik gehen in dem südasiatischen Land mindestens 12,6 Millionen Jungen und Mädchen im Alter von unter 14 Jahren einer Tätigkeit nach, die sie eigentlich nicht ausüben dürften. Dabei gibt es Gesetze, die Kinderarbeit verbieten. Hinzu kommen zahlreiche Initiativen staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, die immer wieder auf das Problem aufmerksam machen und sich für Verbesserungen einsetzen. Auch die indischen Gewerkschaften engagieren sich – und können auf einzelne Erfolge verweisen.



Das Eis, mit dem Fischer den frischen Fang kühlen, wird von Kindern in die Boote geschafft

Unterstützt von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO haben Ende 2012 im südlichen Bundesstaat Tamil Nadu Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften einen Aktionsplan zur Abschaffung von Kinderarbeit auf den Weg gebracht. Im Fokus stehen kleine und mittelständische Unternehmen in der Region Tiruvallur. Nach Angaben der ILO haben sich bislang mehr als 80 Firmen aus unterschiedlichen Branchen sowie deren Zulieferer und Vertriebspartner der Initiative angeschlossen.

„Die indischen Gewerkschaften sind sehr aktiv, wenn die Öffentlichkeit im Rahmen gezielter Kampagnen für ein Problem wie Kinderarbeit sensibilisiert werden soll“, sagt Sherin Khan von der ILO in Delhi. Doch das reiche nicht aus, um das Problem langfristig zu lösen. „Aufklärungskampagnen werden zwar wahrgenommen, aber die Frage lautet: Was verbessert sich für die Kinder und Familien tatsächlich?“ In Tiruvallur stand deshalb die konsequente Durchsetzung der Gesetze gegen Kinderarbeit im Mittelpunkt. Allein in der Landeshauptstadt Hyderabad besuchten Projektteams mehr als 1.000 Elendsviertel, um arbeitende Jungen und Mädchen zu finden. Auf Bahnhöfen und Busbahnhöfen wurden Anlaufpunkte für Kinder eingerichtet, die auf der Suche nach Arbeit ohne Angehörige unterwegs waren. Die Fünf- bis Vierzehnjährigen wurden aus ihrem Arbeitsumfeld geholt und zurück zu ihren Familien oder in Auffangzentren gebracht. Anschließend sorgten Sozialarbeiter/innen dafür, dass sie in Schulen oder andere Bildungseinrichtungen integriert wurden.

Aufgrund des öffentlichen Drucks verpflichteten sich zahlreiche Unternehmen, auf Kinderarbeit zu verzichten – ein Erfolg der engen Zusammenarbeit zwischen Behörden, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und betroffenen Familien. Bei dem Projekt habe vieles gut funktioniert, sagt Sherin Khan. „Allerdings wissen wir nicht, ob es nach seinem Auslaufen weiterhin Wirkung zeigt.“ Auch andernorts seien Leuchtturmprojekte oftmals nur „Inseln des Fortschritts“, die das Gesamtbild – also auch Ursachen von Kinderarbeit wie Armut – kaum beeinflussten. Deshalb sieht die Expertin die Gewerkschaften in der Pflicht. „Die großen Dachverbände hätten die Macht, das Thema dauerhaft auf die politische und gesellschaftliche Agenda zu setzen.“ Denn in Indien stehen Gewerkschaften traditionell Parteien nahe. So unterhalten z.B. die Kongresspartei sowie Kommunisten und Hindunationalisten eigene Dachverbände mit mehreren Millionen Mitgliedern.

Um nachhaltige Veränderungen auf den Weg zu bringen, müssten die Gewerkschaften zudem eigene Mittel in den Kampf gegen Kinderarbeit investieren, so Khan. Sie hätten die finanziellen und personellen Ressourcen, um etwa Netzwerke zur Kontrolle von Betrieben aufzubauen und Druck auf Arbeitgeber auszuüben. Sie könnten auch verstärkt im informellen Sektor tätig werden, wo

es besonders viel Kinderarbeit gibt, der Grad gewerkschaftlicher Organisation aber gering ist. Laut Khan beteiligen sich die Gewerkschaften bislang jedoch fast ausschließlich an zeitlich und regional begrenzten Projekten, die von internationalen Geberorganisationen wie der ILO finanziert werden. Eigene Initiativen gebe es kaum. Über die Gründe dafür kann nur spekuliert werden – auch weil für diesen Beitrag mehrere Anfragen an die Dachverbände unbeantwortet blieben.

Stefan Mentschel

 Der Autor lebt und arbeitet in Delhi.

Grabsteine ohne Kinderarbeit

Zwei der großen Erfolgsgeschichten im Kampf gegen Kinderarbeit wurden in Indien geschrieben. Das Teppichsiegel Rugmark, heute Goodweave, half, Jungen und Mädchen aus den Knüpfereien zu holen. Aktuell arbeitet



Steinebrechen in einem Vorort von Delhi

der Verein XERTIFIX, dessen Vorsitzende die ehemalige stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock ist, daran, mit einem Siegel für Steine aus Indien Ähnliches für Kinder in den Steinbrüchen zu erreichen. Die Ausgangsposition ist gut: Immer mehr Gemeinden in Deutschland wollen auf ihren Friedhöfen keine Grabsteine mehr dulden, die von minderjährigen ArbeiterInnen geklopft, gebohrt und gemeißelt wurden.

Der Teufel steckt aber im Detail. Die Stadt Nürnberg scheiterte mit diesem Ansinnen vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, obwohl die Richter fanden, „die Verwendung von Grabmalen auszuschließen, die unter ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden“, sei „ein verfassungsrechtlich legitimer Zweck“. Das Problem: Der Freistaat Bayern hatte es wiederum versäumt, für die Kommunen eine entsprechende rechtliche Grundlage zu schaffen.



Junge Schuhputzer ohne Perspektive

Fehlerhafte Schulbücher, überfüllte Klassen, protestierende LehrerInnen: Das mexikanische Bildungssystem muss sich ändern. Die Kinderarbeit wird sonst nicht weniger.

Vor dem Eingang zum Regierungspalast von Oaxaca de Juárez halten die Wachmannschaften die Oberschüler in Schach. Mit Megafon, Transparenten und Sprechchören verlangt der Nachwuchs in dem im Süden Mexikos liegenden Bundesstaat mehr Qualität und mehr Inhalt im Unterricht. „Der klassische Frontalunterricht mit veralteten Lehrinhalten steht uns bis hier“, erklärt Carlos Ali Paz López und hält seine flache Hand unter die Nase. „Wir wollen nicht mehr auswendig lernen, sondern denken und analysieren. Das Bildungssystem muss sich ändern“, fordert der 18-Jährige gemeinsam mit etwa zweihundert anderen Oberschülern. „Wir brauchen Perspektiven und das gilt nicht nur für uns, sondern auch für die kleinen Jungs, die dort drüben Schuhe putzen“, sagt Carlos und blickt zu einem Jungen hinüber, der gedankenverloren mit einer Bürste jongliert, während er auf Kundschaft wartet.

Nichts Ungewöhnliches im Süden Mexikos. Die Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca und Guerrero sind die ärmsten Mexikos. Dort ist auch die Quote der arbeitenden Kinder überdurchschnittlich hoch. Rund um den Zócalo, den zentralen Platz der von Kolonialarchitektur geprägten Stadt Oaxaca de Juárez, versuchen Kinder und Jugendliche Schmuck und Souvenirs an die Touristen zu verkaufen. Und das sei längst nicht alles, sagt Marcos Leyva von der nichtstaatlichen Bildungsorganisation Educa: „In Oaxaca müssen viele Kinder auf dem Land



Foto: © Knut Henkel

Gabriel López Chinas ist Lehrer – und Gewerkschafter



Einer der klassischsten Jobs für Jungen in Mexiko: Schuhputzer

mitarbeiten, um die Familien mit zu ernähren – im besten Fall nach der Schule.“ Der Pädagoge setzt sich seit Jahren für mehr Bildung auf dem Land ein: „Wir brauchen mehr zweisprachigen Unterricht, damit die Kinder der indigenen Minderheiten zumindest annähernd die gleichen Chancen haben wie die Kinder anderer Bevölkerungsschichten.“

Das ist in aller Regel nicht der Fall, denn meist ist die Bildung in den ländlichen Regionen schlechter als in den Städten. Auf dem Land müssen die Kinder auch öfter arbeiten, wie das nationale Institut für Statistik und Geographie gerade in einer Studie bestätigt hat. Demnach schinden sich in Mexiko rund 3,7 Millionen Kinder zwischen fünf und zwölf Jahren. Jedes vierte von ihnen bekommt weniger als den offiziellen Mindestlohn von rund 55 Peso, umgerechnet drei Euro pro Tag. Angesichts der Tatsache, dass im Vergleich zu 2011 die Zahl der KinderarbeiterInnen gestiegen ist, hat der mexikanische Ombudsmann gegen die Kinderarbeit, Raúl Plascencia Villanueva, neue Initiativen eingefordert und darauf verwiesen, dass Kinder bildungsferner Schichten eher zur Arbeit geschickt werden. Daher müsse man im Bildungssystem ansetzen. Doch da häuften sich in den vergangenen Monaten vor allem negative Schlagzeilen. Im August musste Bildungsminister Emilio Chuayffert eingestehen, dass die neueste Ausgabe der Grundschulbücher vor Fehlern nur so strotzt. Dann gingen die Lehrer aus Protest gegen die Bildungsreform auf die Straße, weil sie zu mehr Fortbildungen gezwungen und regelmäßig evaluiert werden sollen. Wer die Tests nicht besteht,

dem droht Entlassung. Für Empörung sorgt vor allem, wie evaluiert werden soll: „Wir sollen nach standardisierten OECD-Verfahren bewertet werden. Doch die Bedingungen, unter denen hier in Oaxaca unterrichtet wird, haben nichts mit denen in Finnland oder Deutschland zu tun“, kritisiert Gabriel López Chiñas. Er unterrichtet an einer

Grundschule und an einer weiterführenden Schule in Oaxaca de Juárez Chemie und Biologie und gehört zu den führenden Köpfen des linken Gewerkschaftsflügels, der Coordinadora Nacional de la Educación. Die hat die Proteste gegen die Reform der Regierung in den letzten Monaten koordiniert und schlägt Evaluierungskonzepte basierend auf den regionalen Bedingungen vor und wirbt für eine sozialere Bildungspolitik. „Wir brauchen mehr Förderprogramme für die



Proteste gegen die Bildungsreform sind allgegenwärtig

einfachen Bevölkerungsschichten, denn aus denen rekrutieren sich die Kinderarbeiter von morgen“, kritisiert der Lehrer die Ausrichtung der Bildungspolitik. Die sollte Eltern wie Kindern mehr Perspektiven aufzeigen. Doch daran hapert es in Mexiko. Das zeigt auch die ansteigende Quote der Kinder, die die Schule abbrechen. Ein Dilemma, auf das die Regierung bisher keine Antwort hat.

Knut Henkel

Der Autor reist regelmäßig durch Lateinamerika. Er lebt in Hamburg.



„Todesdrohungen sind keine leeren Worte“

Igor Díaz Lopez, der Vorsitzende der kolumbianischen Gewerkschaft SINTRACARBON, über Leben und Arbeiten in einer Atmosphäre der Angst.

Nord | Süd-news: Kolumbianische GewerkschaftlerInnen leben gefährlich. Auch Sie wurden während des Minenstreiks Anfang des Jahres mit dem Tode bedroht.

Igor Díaz Lopez: Leider steht die Drohung nach wie vor im Raum. Sie richtet sich natürlich nicht gegen mich als Person, sondern gegen mich als Gewerkschaftsführer. Ich bin nach wie vor einer der Verhandlungsführer meiner Gewerkschaft, die Kontroversen mit den Arbeitgebern bestehen fort und somit auch die Einschüchterungsversuche. Wir wissen aber bislang nicht einmal, von wem sie konkret stammen. Da ich keine rechtskräftigen Beweise habe, kann und will ich auch niemanden direkt anklagen. Das sind dunkle Kräfte, denen wir leider ausgesetzt sind.

Woher kommt die Gewalt?

In Kolumbien haben wir fast bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Gesellschaft ist tief gespalten. Ein Teil setzt sich für mehr soziale Gerechtigkeit ein, ein anderer vertritt die wirtschaftlichen Interessen besonderer Bereiche. Wir als GewerkschaftlerInnen sind besonders exponiert, weil wir unsere Stimme erheben gegen Ungerechtigkeit. Rechts-extreme Kräfte erzeugen eine Atmosphäre der Angst, um uns einzuschüchtern und mundtot zu machen. Aktuell werden fast 600 Gewerkschaftsführer in Kolumbien mit dem Tode bedroht. Und



Foto: © Kerstin Roeske

Weiß nicht einmal genau, wer ihn bedroht: Igor Díaz Lopez

diese Drohungen sind keine leeren Worte. Bei uns gilt eine Drohung normalerweise als letzter Schritt vor einem versuchten Anschlag.

Auch die Beziehungen der Gewerkschaften zur Regierung sind spannungsgeladen. Was erwarten Sie von den Wahlen 2014?

Nun, konkret erhoffe ich mir natürlich eine Regierung, die sehr viel sozialer aufgestellt ist als die jetzige. Die aktuelle Regierung Santos schreibt sich das Soziale zwar bisweilen auf die Fahnen, vertritt aber letztlich durch ihre Politik die Interessen der Unternehmen und der Bourgeoisie, nicht aber die der Bevölkerung. Meine Vision ist ein Präsident, der die Bürger versteht und ihre Interessen berücksichtigt. Kurz gesagt: Ein wirklich fortschrittlicher Präsident.

Den Eindruck, dass der Präsident die Sorgen der Bevölkerung versteht, hatte man zuletzt nicht gerade.

Das ist korrekt. Präsident Santos sah sich durch den Streik Hunderttausender von Landarbeitern im Sommer gezwungen, sein Kabinett umzubilden. Das war ein verstecktes Eingeständnis, dass

sich seine Politik ändern muss. Denn der Streik war eine klare Reaktion auf die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung. Zunächst hatte Santos ihn lange ignoriert und sogar einfach bestritten, dass es Unruhen überhaupt gibt. Selbst als im ganzen Land gestreikt wurde und Landarbeiter überall auf die Barrikaden gingen, meinte der Präsident in einem Interview, es gebe gar keinen Streik.

Im Mai 2012 ist das Freihandelsabkommen mit den USA in Kraft getreten. Seit August 2013 das zwischen der EU und Kolumbien. Wie beurteilen Sie die Abkommen?

Natürlich sind die Freihandelsabkommen nicht gut für Kolumbien als Ganzes. Sie stellen uns ökonomisch und sozial schlechter und wurden uns oktroyiert. Nun, wir sind jetzt nicht mehr in der Lage, sie vollständig zu ändern. Wir müssen deshalb die Chancen nutzen, die uns die Abkommen einräumen, etwa für ein Follow-up in Bezug auf Klauseln zum Schutz der Arbeitnehmerrechte. Die Regierung der Niederlande geht hier aktuell mit gutem Beispiel voran und setzt einige Projekte um, die den Respekt vor Gewerkschaften in Kolumbien stärken sollen. Solche Spielräume sollten wir jetzt nutzen.

Das Interview führte Michael Bröning.

 Der Autor ist Redakteur des ipg-Journal.

 Weitere Infos: www.ituc-csi.org/colombia



Foto: © bigalla, flickr/CC BY 2.0

Minenarbeiter in Kolumbien: Nicht einmal Helme sind die Regel

Mit dem DGB Bildungswerk BUND von Medellín nach Garzweiler

Die Situation für Gewerkschaften in Kolumbien ist gefährlich, aber ihre Arbeit umso notwendiger. Dem Thema Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz beispielsweise wird dort wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Deshalb engagiert sich das DGB Bildungswerk BUND seit 2006 gemeinsam mit der Gewerkschaftsschule „Escuela Nacional Sindical“ mit Sitz in Medellín, indem es Weiterbildungsseminare

für Gewerkschaftsmitglieder anbietet. Eine nationale Gesundheitskonferenz und verschiedene Fortbildungen, die im Rahmen des gemeinsamen Projektes durchgeführt wurden, haben bewirkt, dass es deutlich mehr Informationen zu Gesundheitsrechten gibt – erst wenn sich ArbeitnehmervertreterInnen und GewerkschafterInnen mit vorhandenen gesetzlichen Vorgaben im Gesundheits- und Arbeitsschutz auskennen, können sie diese auch angemessen einfordern.

Besonders im Bergbau ist Arbeitsschutz ein Thema. Und da immer mehr Kohle aus Kolum-

bien nach Deutschland exportiert wird, stehen die Arbeitsbedingungen dort zunehmend im Blickpunkt der deutschen Öffentlichkeit. Deshalb – und um einen Austausch zwischen deutschen und kolumbianischen Gewerkschaften zu ermöglichen – lud das DGB Bildungswerk BUND gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie den SINTRACARBON-Gewerkschaftsvorsitzenden Igor Díaz Lopez zu einem Informationsbesuch nach Deutschland ein, wo er den Braunkohletagebau in Garzweiler besuchte und auf dem Kongress der IG BCE über die Lage der Gewerkschaften in Kolumbien sprach.



Fifa frisst Kreide

Nach dem menschenverachtenden Ausfall ihres langjährigen Exekutivmitglieds Franz Beckenbauer will die Fifa nun mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund gemeinsame Sache machen: Fifa-Präsident Joseph Blatter und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer verständigten sich bei einem Treffen Ende November in Zürich darauf, dass beim Bau der Stadien für die Fußball-WM 2022 „faire Arbeitsbedingungen für alle rasch, konsequent und nachhaltig umgesetzt werden“ müssen.



Foto: © alegemino, flickr/CC BY 2.0

Fifa-Präsident Joseph Blatter

Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte zwei Jahre lang Todesfälle unter den Arbeitern untersucht, die Katar vor allem aus Nepal und Indien ins Land holt – mindestens 700 Menschen waren da bereits bei Arbeitsunfällen an Krankheit oder Hunger gestorben. Bis zu 600 weitere jährlich könnten hinzukommen, so die Prognose, denn die Bedingungen vor Ort seien katastrophal und glichen einem „System moderner Sklaverei“: kein Schutz bei gefährlichen Arbeiten, slumähnliche Unterkünfte, eingezogene Pässe, verweigerte Löhne. Zuletzt prangerte auch Amnesty International die Zustände auf den Baustellen an. Beckenbauer hatte daraufhin erklärt, er sei oft in Katar und habe „noch nicht einen Sklaven gesehen“: „Die laufen da frei rum“, sagte er. Dass die Fifa sich nun zumindest offiziell hinter das Anliegen der Gewerkschaften stellt, dass Katar Diskriminierung und Zwangsarbeit beseitigen sowie den insgesamt erwarteten 2,2 Millionen Wanderarbeitern Vereinigungsfreiheit zugestehen solle, begrüßte Sommer. Er sagte aber auch: „Handeln die Verantwortlichen vor Ort nicht, müssen Konsequenzen folgen und die WM 2022 muss Katar wieder weggenommen werden.“

Weitere Infos: www.rerunthevote.org/?lang=en

Preisverdächtig

Egal, was die Fifa noch versprechen mag, um die Situation der Wanderarbeiter in Katar zu verbessern – die Nichtregierungsorganisation „Erklärung von Bern“ ist mehr als skeptisch. Sie zählt den Fußball-

verband jetzt schon mal zu den zehn schlimmsten Konzernen der Welt und packt ihn damit in eine Liga mit dem russischen Energiekonzern Gazprom, der unter anderem in der Arktis bohren will, der britischen Bank HSBC, die zu den 28 systemrelevanten Großbanken gehört und auch Landesteuerungen mitfinanziert, oder auch dem Rohstoffhändler und Steuervermeider Glencore Xstrata. Bis zum 22. Januar 2014 kann mit abgestimmt werden, der Publikumspreis („Publiceye on Davos“) wird beim Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum in Davos verliehen.

Weitere Infos und Hintergründe: www.publiceye.ch

40 Jahre Solifonds

Vor 40 Jahren putschte das Militär in Chile gegen die gewählte Regierung Allende. GewerkschafterInnen, KommunistInnen und SozialistInnen wurden verfolgt, Tausende ermordet. In Deutschland gründete sich aus der Stiftung Mitbestimmung des DGB ein Solidaritätsfonds, der sich nach dem Ende der Militärdiktatur internationalisierte und heute im Rahmen der Hans-Böckler-Stiftung weiterarbeitet. Am 31. Januar 2014 wollen aktuelle und ehemalige StipendiatInnen und Solifonds-Involvierte auf einer Arbeitskonferenz Bilanz ziehen und über Perspektiven der Soli-Arbeit diskutieren. Anmeldeschluss: 15. Dezember 2013.

Weitere Infos: www.boeckler.de

Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen kann viele Formen haben: sexuell, physisch, psychisch, ökonomisch. Auch und gerade am Arbeitsplatz. Trotzdem gibt es immer noch keine ILO-Konvention dazu. Auch bei der jüngsten Sitzung des geschäftsführenden Organs der ILO Ende November sperrte sich vor allem die Arbeitgeberseite dagegen, Verhandlungen mit den Regierungs- und GewerkschaftsvertreterInnen über eine entsprechende Vereinbarung



Foto: © UK DFID, flickr/CC BY 2.0

Überlebende einer Säure-Attacke

aufzunehmen. Allerdings wollen sich letztere nicht damit zufrieden geben. „Eine ILO-Konvention wäre ein wichtiger Schritt, um die Arbeitsbedingungen von Frauen weltweit zu verbessern und Millionen von Dollar zu sparen, die jetzt jährlich dafür ausgegeben werden, die gesundheitlichen Folgen und die geringere Produktivität auszugleichen, die durch Gewalt gegen Frauen entstehen“, sagte IGB-Chefin Sharan Burrow.



Weitere Infos:

www.itfglobal.org/infocentre/pubs.cfm/detail/41208;www.ituc-csi.org/flyer-stop-gender-based-violence

Film ab für Fairness

Öffentlichkeit erzeugen, gewinnen und begeistern: Dieses Ziel verfolgt das Forum Fairer Handel mit einem Kurzfilmwettbewerb. Unter dem Motto „Can you change people's minds?“ ruft es FilmstudentInnen, aber auch professionelle FilmmacherInnen oder erfahrene AmateurfilmerInnen dazu auf, Filme einzureichen, die über Ungerechtigkeiten im Welthandel aufklären, das Konzept des Fairen Handels überzeugend darstellen und zum Aktivwerden motivieren. Es winken 10.000 Euro Preisgeld für den ersten, 3.000 Euro für den zweiten und 1.000 Euro für den dritten Platz. Ein-sendeschluss ist der 20. Januar 2014.

Weitere Infos: www.recafair.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord|Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: Nord LB, Hannover
Kto: 015 201 2522, BLZ: 250 500 00
IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22
Swift: NOLADE2H

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

BMZBundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung**Zukunftsentwickler.**
Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.



Broschüre: Weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen – Rohstoffe, Wasser, Energie



www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Unverhohlen verfolgt die Europäische Kommission mit ihrer Rohstoffinitiative von 2008 (Raw Materials Initiative) einen neoliberalen, den Interessen der Wirtschaft dienenden Kurs. Europa droht, sich damit in die Phalanx der ökonomisch aggressiven, einseitig auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Staaten einzureihen. Damit unterscheidet sich Europa nur noch graduell von Staaten wie China, den Vereinigten Staaten und Kanada. Neben den Staaten agieren zuneh-

mend auch die privaten Unternehmen in dem großen Spiel. Mit ihren privaten wie staatlichen Rohstoffagenturen beuten sie im globalen Stil und im Einklang mit den nationalen Macht- und Geldeliten deren nationale Ressourcen zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung aus.

In der **Broschüre „Weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen – Rohstoffe, Wasser, Energie“** beschreibt das DGB Bildungswerk BUND die Akteure und ihre Interessen und zeigt die größten Gefährdungsbereiche in den rohstoffreichen Ländern auf. Damit soll die Dis-

kussion in den Gewerkschaften, in der Politik und der Gesellschaft weiter angeregt werden, um zur Entwicklung eigener Vorschläge für eine sozialere und verträglichere Rohstoff- und Handelspolitik beizutragen.

Die Broschüre umfasst 60 Seiten – u. a. mit Beiträgen von IG BCE, IG Metall, Oxfam, weed und kann für 3,50 Euro über unsere Internetseite bezogen werden:

www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen